

16.12.2013 - 11:45 Uhr

BAK Basel-Umfrage: Personenfreizügigkeit für viele Schweizer Unternehmen überlebenswichtig

Zürich (ots) -

Im Herbst 2013 haben bei einer BAK Basel-Umfrage 426 Unternehmen mit Sitz in der Schweiz auf Fragen zu ihrer Haltung gegenüber der Bilateralen Verträgen Schweiz-EU geantwortet. Die Ergebnisse zeigen deren Wichtigkeit deutlich auf. Nahezu zwei Drittel der Befragten sehen diesen europapolitischen Weg als klar beste Option für die Schweiz. Das am 9. Februar 2014 zur Debatte stehende Paket der Bilateralen I inklusive der Personenfreizügigkeit ist für mehr als 80 Prozent der befragten Unternehmen "wichtig", "sehr wichtig" oder gar "unverzichtbar".

Der wirtschaftliche Erfolg der Schweiz hängt sehr direkt mit den Bilateralen Verträgen und mit der Personenfreizügigkeit zusammen. Zu diesem Ergebnis kommt eine gross angelegte Umfrage, welche die BAK Basel im September und Oktober 2013 im Auftrag zahlreicher Branchenverbände durchgeführt hat. Teilgenommen haben Mitgliedfirmen von AGV Banken, economiesuisse, hotelleriesuisse, Privatkliniken Schweiz, Swissmem, Schweizer Obstverband, Schweizerischer Versicherungsverband SVV, scienceindustries und TVS Textilverband Schweiz.

Die heute vorliegenden Resultate zeigen eindrücklich, dass der Fachkräftemangel in der Schweiz vielen Unternehmen grosse Sorgen bereitet. Zwei Drittel der Antwortenden gaben an, dass sie entsprechende Stellen entweder gar nicht oder nur mit grossen Schwierigkeiten besetzen können. Besonders ausgeprägt ist der Mangel an gut qualifizierten Arbeitnehmern in der Industrie. Er betrifft in erster Linie Festangestellte mit Fachaufgaben, aber auch das untere und mittlere Management.

Zuwanderer für Unternehmenserfolg existenziell Gefragt nach den Herkunftsregionen ausländischer Mitarbeiter geben 73 Prozent der Befragten an, dass Personen aus den EU- und EFTA-Staaten für den Erfolg ihres Unternehmens "wichtig" oder sogar "unverzichtbar" sind. Im Gastgewerbe sind es sogar rekordhohe 96 Prozent, aber auch im ganzen sekundären Sektor (Industrie) teilen drei von vier Unternehmen diese Einschätzung.

Die Gründe, weshalb die Unternehmen ihre Schweizer Arbeitskräfte primär mit Personen aus dem europäischen Raum ergänzen, kommen in den Umfrageergebnissen ebenfalls klar zu Geltung: 69 Prozent finden nur so die notwendigen Spezialisten. Dass in den betreffenden Ländern auch jüngere oder günstigere Arbeitnehmer gefunden werden können als anderswo, spielt hingegen nur für eine kleine Minderheit der Firmen eine Rolle.

Negative Folgen einer Einschränkung

Von den sieben Verträgen aus dem Paket der Bilateralen I, die 2002 in Kraft gesetzt wurden, ist die Personenfreizügigkeit für fast alle Branchen das wichtigste Abkommen. Für den Fall, dass die Schweiz die Zuwanderung wieder mit Kontingenten regeln will, rechnen 70 Prozent der Unternehmen mit einer spürbaren Reduktion des Angebots an Arbeitskräften. Mehr als die Hälfte geht davon aus, dass dies die Wettbewerbsfähigkeit, das Wachstum und die Gewinne verringern würde.

Die anderen sechs Abkommen, die mit der Personenfreizügigkeit verknüpft sind, werden je nach Branche unterschiedlich stark gewichtet. Die Übereinkünfte zum Abbau technischer Handelshemmnisse stehen für Textil- und MEM-Industrie sogar an erster bzw. an zweiter Stelle. Auch das Abkommen über das öffentliche Beschaffungswesen ist für mehrere Branchen von hoher Wichtigkeit.

Kontakt:

BAK Basel
Dr. Andrea Wagner
061 279 97 04
andrea.wagner@bakbasel.com

hotelleriesuisse
Manuel Staub
031 370 42 80
manuel.staub@hotelleriesuisse.ch

AGV Banken
Dr. Balz Stückelberger
061 295 92 95
balz.stueckelberger@agv-banken.ch

Oliver Steimann
044 421 35 35
oliver.steimann@economiesuisse.ch

Schweizerischer Versicherungsverband SVV
Sabine Alder
044 208 28 20
sabine.alder@svv.ch

Swissmem
Ivo Zimmermann
044 384 48 50
i.zimmermann@swissmem.ch

TVS Textilverband Schweiz
Peter Flückiger
044 289 79 31
peter.flueckiger@tvs.ch

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100002808/100748834> abgerufen werden.